

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Mehl'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einpaltige Zeile ab 1000, deren Raum 1. Beleg 200, 2. Beleg 150, 3. Beleg 100, 4. Beleg 75, 5. Beleg 50, 6. Beleg 30, 7. Beleg 20, 8. Beleg 15, 9. Beleg 10, 10. Beleg 5.
Bei größeren Aufträgen entsprechende Rabatte, der im Falle des Nachzahlens demnach zu berücksichtigen sind. Die Zahlung erfolgt innerhalb 14 Tagen nach Rechnungsdatum.
Bezugspreis:
Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird telefonische Bezahlung übernommen.

Bezugspreis:
Nr. 24 bei der C. Mehl'schen Buchdruckerei in Neuenbürg.
Die Abnahme des Anzeigers erfolgt durch den Besteller bei der Druckerei.

Nr. 144.

Neuenbürg, Samstag, den 23. Juni 1923.

81. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Der Reichstag hat in der letzten Woche Formen angenommen, die seinen Einfluss weit über das wirtschaftliche Gebiet hinaus auch in das rein politische ausdehnen. Es ist klar, daß der finanzielle Bankrott Deutschlands auch unseren Widerstand an der Ruhr und unseren ganzen Auseinandersetzungen mit der Entente eine jähe Wendung verleihen dürfte. Wenn der Decker einmal 200 000 Mark in Deutschland kostet, wenn wir 900 000 in unserer Kaufkraft und Leistungsfähigkeit den Vereinigten Staaten unterlegen sind — was eben durch diesen Verlust zum Ausdruck kommt — dann ist Deutschlands Ende in dem Augenblicke da, wenn wir in Berlin gewaltige Anstrengungen gemacht haben in den Abgrund rollenden Stein aufzuhalten. So kam er jetzt auf halbem Wege stehen zu bleiben. Der Dollar ist wieder bei 100 000 angelangt. Das ist immer noch eine weitere Entwertung des deutschen Geldes, ein entschiedenes Zeichen unserer politischen und wirtschaftlichen Lage, aber es ist doch nur halb so schlimm, als es noch vor wenigen Tagen war. Man verdrückt sich jetzt im ganzen Reich die Frage, wie man solchen verheerenden Wendungen, solchen Organen der Spekulation und Kapitalgier der leitenden Finanzkreise entgegenwirken könne. Man denkt jetzt an eine wertbeständige Entwertung, spricht wieder von einer Stabilisierung der Mark und sieht sich in allerhand Plänen, die auf den alten Fried Reuter'schen Vorschlägen basieren, daß die Armut von der Savarite verdrängt. Solange wir nämlich nicht mehr arbeiten und weniger verbrauchen, d. h. mit anderen Worten, und nach der Rede Krafen, daß alle Quadratmeter seinen Wert. Auch kommen wir zu dem zu einer Besserung des Währungsereignisses, wenn wir den inländischen Devisenbesitz erfassen, der sich doch nach vielen, vielen Milliarden berechnet und genau so beschlagnahmte gehört wie das Gold im Kriege.

Die Reparationsfrage endlich geregelt wird. Solange über Deutschland das Damoklesschwert französischer Willkür schwebt, ist eine Ordnung unserer Verhältnisse unmöglich. Ohne Kredit des Auslandes sind wir zahlungsunfähig. Den Kredit erhalten wir aber nur unter der ersten Voraussetzung, daß wir die Höhe unserer Schulden kennen und einen Vermögensplan aufstellen in der Lage sind. Heute noch kennen wir nicht die Höhe unserer Reparationsverpflichtung. England scheint darauf zu drängen, daß sie uns endlich bekanntgegeben wird. Im übrigen geht der Meinungsaustausch zwischen England und Frankreich, Frankreich und Belgien, zwischen allen dreien und Italien usw. mit diplomatischen Noten, Vorschlagsentwürfen und Ministerdeklarationen fort, wobei die Verhandlungen durch den Rücktritt des belgischen Kabinetts erschwert werden. In seiner Zeit hat der Franzose jetzt eine Hungerblase über das Ruhrgebiet verhängt. Er sucht mit allen Mitteln der Gewalt und des Völlerrichts den belienmühtigen Widerstand zu brechen oder ihn über zur Verzweiflung zu treiben, damit ihm irgend ein Vorwand für neue militärische Maßnahmen erwächst, irgend ein Grund, sich dauernd im deutschen Ruhrgebiet festzusetzen. Niemand wird ihn daran hindern, weil es niemand kann. Poincaré wird der gefährlichste Mann der Welt, vor dem alle ausländischen Regierungen weilschweigend Gehöriges sich denken und den nur einer nicht fürchtet, der Papst in Rom, der freilich keine weltliche Macht zu verlieren hat und mit seinen geistlichen Machtmitteln bis jetzt in Frankreich wenig Erfolg erzielen konnte.

In unserer engeren Heimat Württemberg sind alle diese Verhältnisse ihren Widerhall teils durch die fürchterliche Teuerung, die u. a. die Zahl der Selbstmorde täglich vermehrt, teils durch Lohnkämpfe und eine wachsende Unzufriedenheit. Wenn Anfangs Juli der Landtag wieder zusammenkommt, sollte er sich mit wichtigeren Dingen beschäftigen als mit der Verwendung des alten Stuttgarter Wasserbaues und ähnlichen Streitpunkten. Es war schon ein Unfuss und eine Ungerechtigkeits, der Staat Erhöhungen, die seit Jahrzehnten bereits ein Wasserhaus ist ein zweites zu beschreiben und die unter so großen Aufschlüssen der Stadtgemeinde erbaute ehemalige Unteroffizierskaserne in anderweitigen Zwecken dienbar zu machen. Noch verdrängt aber und geradezu ein Dohn auf die Not unserer Zeit ist die Ansbolgerlei um die Verwendung des alten Baues in Stuttgart. Ein Daus des Deutschtums wollen sie daraus machen. Andere wollen ein Karitätenkabinett. Man hat ja Geld im Überflus und ist heute so reich, daß man sich 10 000 bis 20 000 Mark für ein Mittagessen, 1000 Mark für ein Glas Bier, 300 Mark für einen Waden leisten kann. Der Tanz um's goldene Kalb ist die einzige Kultusform unserer Zeit geworden. Geld gleich Kultur! Als neulich in Stuttgart die Weine des Herzogtums Reutemünd veräußert wurden, stiegen 1922er Mostweine auf 200 000 Mark die Flasche und 1922er Faschweine auf 25 000 der Liter. Und die Versteigerungslitigation machte nicht einen einzigen Versuch, die wie toll sich überbieten den Käufer vor Heberwerbungen zurückzuführen. Wenn von so verantworflicher Stelle, deren höchste Spitze das Bundesverbrechen unserer Zeit aufwärts vertritt und auch an dieser Verdrängerei ganz bestimmt nur Widerwillen empfindet, solche Auswüchse ins Leben gedrückt werden, was soll man dann dagegen sagen, daß von weniger verantwortlicher Seite immer wieder das Wort fällt: „Worum vor den hohen Preisen zurückschrecken! Man muß doch leben, die anderen bezahlen es ja auch!“

Deutschland.

München, 22. Juni. Die bayerische Volkspartei (Völkische Partei) erklärt offiziell die Wiederherstellung der bayerischen Eisenbahnen als Programm der bayerischen Volkspartei.
Tübingen, 22. Juni. Die Revision, die gegen die zweite, aus sieben Monate Gefängnis lautende Verurteilung des kriegsgerichtlichen Petrolratsmitglied Müllers eingeleitet worden ist, wurde heute vom französischen Kriegsverricht verworfen.
Regensburg, 22. Juni. Vor dem Reichsgericht kamen 3 Epio-

nageprozesse zur Verhandlung. Der Arbeiter Kante verurteilte im Auftrag eines belgischen Kapitäns von einem Reichswehrsoldaten in Dannerer Wehrdienstblätter und Nachrichten über die Reichswehr zu erhalten. Er wurde zu 2 Jahren Gefängnis und 2 Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Der Schweizer Röder wurde zu 3 Jahren 6 Monaten Justizhaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Er hatte versucht, im Auftrag eines französischen Agenten von einem Reichswehrsoldaten in Münster militärische Dokumente zu erhalten. Schließlich wurde der Kaufmann Jakob zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Er hatte versucht, in Jagdstadt sich militärische Dokumente zu verschaffen.

Berlin, 22. Juni. Der ständige Reichseisenbahnaußenrat hat heute bekanntlich vor kurzem eine Erhöhung der Personentaxen auf 30 Prozent für die 1. und 2. Klasse und 20 Prozent für die 3. und 4. Klasse für notwendig erklärt, sowie eine Gütertarifierhöhung um 20 Prozent. Wie wir hören, hat der Reichsverkehrsminister sich dem Gutachten insofern angegeschlossen, als er der Erhöhung der Personentaxen beigestimmt hat. Im Hinblick auf die Gütertarife will er sich jedoch wegen der inzwischen eingetretenen Besserung der Mark zunächst mit einer Erhöhung der Gütertarife um 20 Prozent begnügen.
Berlin, 22. Juni. Die „Rote Fahne“ hatte heute morgen die Generale v. Böll und v. Lohow bestraft, daß sie zu den bayerischen Vertriebenen Beziehungen unterhalten und in deren Pläne eingeweiht gewesen wären. Wie wir hören, hat das Reichswehrministerium aus diesem Anlaß gegen die „Rote Fahne“ Strafaktionen gestellt.

Stuttgart, 22. Juni. Über ein Verbot des Verbandes der Wirt. Konsumvereine wegen einer Hilfestellung des Staates zur Verhinderung der Betriebsmittel führte nach Empfehlungen des Reichsrichters Müller (Sog.), der Heberweisung zur Berücksichtigung durch die Regierung verlangte, Staatsrat Kauf vom Ernährungministerium aus, daß nur die Gemeinden und Amtsförderlichkeiten die Kreditbedürftigkeit der Konsumvereine zu prüfen vermögen. Es werde nichts entgegenzusetzen, die vom Staat für die Gemeinden geleisteten Vorschüssen zur Sicherung der Lebensmittelversorgung zu erhöhen. Ein Redner der Wirtspartei nahm einen ablehnenden, die Redner anderer Parteien einen ähnlichen Standpunkt ein wie Staatsrat Kauf. Der Antrag Müller wurde abgelehnt und ein Antrag Stad (Dem.) angenommen, die für die Amtsförderlichkeiten und Gemeinden für die Lebensmittelversorgung übernommene Bürgschaft zu erhöhen und jene zu ermächtigen, auch an Päder und Kleinrentenbesitzer, sowie an Konsumvereine Kredite zur Weilschaffung zu gewähren. Bezüglich der Gehaltsbegrenzung der Beamten wurde auf Antrag Schell einstimmig beschlossen, die reichsgesetzlich verabschiedeten neuen Besätze samt Teuerungszulagen anzuweisen und die Auszahlung möglichst zu beschleunigen. Nach einer Mitteilung des Finanzministeriums kommen anfangs nächster Woche die auf 1. Juli fälligen Besoldungszahlungen nach Maßgabe der alten Sätze mit der Teuerungszulage von 200 Prozent und Ende nächster Woche die durch Erhöhung der Teuerungszulagen auf 600 Prozent erforderliche Nachzahlung zur Auszahlung. Anfangs Juli werde es möglich sein, die auf Grund der Besoldungserhöhung unter Zugrundelegung der neuen Teuerungszulagen sich ergebenden Nachzahlungen zu leisten. Die Beamtenschaft wird also demnach drei verschiedene Zahlungen erhalten. Von deutsch-demokratischer Seite wurde angezogen, auch den in dauernder Verwendung stehenden, nicht-planmäßigen Beamten die Vorauszahlungen zu leisten. Die Regierung wird diese Anregung prüfen. Nach Mitteilung des Ministers des Innern Bots ist an eine Verweisung der bisherigen Sätze der Wohnungszulagen mit Wirkung ab 1. April 1923 zwecks Förderung des Wohnungsbaus gedacht. Die vom Reichstag vorgeschlagene Rotverordnung in diesem Sinne wurde von den Parteien nicht gewünscht, sondern eine gefällige Regelung beim nächsten Zusammenritt des Landtags bestimmt.

Die französischen Generalen in Geraulstein.

Über die Generalen, die sich bei der Ausweisung der Eisenbahnen aus Geraulstein angetragen haben, werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Unter anderem wurde eine Frau mit zehn kleinen Kindern ausgewiesen, eine andere, die drei Tage vorher niedergelassen war, eine dritte, die vier Tage vorher Zwillinge geboren hatte. Die Menge barnte in strömendem Regen des Abtransportes. Wer nicht schnell genug den Anordnungen der entmenschten Feiniger nachkam, wurde mit dem Gewehrkolben behandelt. Die Gestlichen selber Konfessionen hatten sich auf dem Bahnhof eingehandelt und konnten den verzweifelten Frauen und Kindern Trost. Der erste Transport ging über Trier und Koblenz. Auf der ganzen Fahrt, die bis Sonntag dauerte, durfte niemand den Wagen verlassen. Nicht einmal um Wasser zu holen. Erst in Koblenz wagten es einige Schwärmer, menschlicher als die weißen Soldaten, Wasser in den Zug zu bringen. Infolge des Genusses der kalten und zum Teil sauer gewordenen Milch erkrankten viele der kleinen Kinder und murrten bei der Ankunft in Fulda dort zurückzubleiben. Die Erwachsenen erhielten erst am Sonntag die erste warme Mahlzeit.

Die Rechtlosigkeit des Verfahrens gegen Görge.

Düsseldorf, 22. Juni. Gegenüber der gestern erfolgten Verurteilung der Revision im Prozeß Görge gilt es die vollkommene Rechtlosigkeit dieses französischen Verfahrens auf deutschem Boden gegen einen Deutschen während des offiziellen Friedenszustandes festzuhalten. Rechtsanwalt Grimm-Göhen macht gegen die Gültigkeit des Verfahrens geltend, daß Görge in Mainz sei für einen preussischen Staatsangehörigen nicht zuständig gewesen. Die Verordnung über die Bestrafung von Sabotagefällen sei rechtsunfähig. Die Frage nach mündigen Umständen sei im Urteil ganz unberücksichtigt geblieben. Das Urteil erwidere nichts über die Vernehmung von drei Zeugen. Die Rheinlandkommission sei beim Erlaß der Verordnung über

Sabotage nicht richtig beachtet gewesen. Grimm führte weiter aus, daß er sich mit der Mehrheit des deutschen Volkes in der Beurteilung der Sabotagefälle einig sei, dennoch könne er die Beweggründe der Urheber solcher Handlungen verstehen. — Görge wurde zu der Verhandlung nicht zugelassen.

Die Räuber im Ruhrgebiet.

Regierungsprofessor Janzen, der politische Delegiert der Regierung in Aachen, ist von den Belgiern verhaftet worden. — In Aachen sind die Belagern der Franzosen bei der Reichsbanknebenstelle 7 600 000 Mark. — In Lünen ist eine Kompanie Infanterie und eine Schwadron Kavallerie eingerichtet, um die der Stadt auferlegte Kontribution von 50 Millionen Mark einzutreiben. — Auf dem Bahnhof Dortmund-Süd haben den Franzosen 26 Lokomotiven in die Hände.
Auf der von den Franzosen betriebenen Straße Dortmund-Mengede liegen zwei Eisenbahntransporte zusammen. Sieben bis acht Wagen wurden beschlagnahmt. Die Straße ist verhängt gesperrt. — Wie die Handelskammer Mannheim von unterirdischer Seite erfährt, wird die Rheingrenzlinie in der Nacht vom 24. bis 26. Juni in Kraft treten und damit den Verkehr aller Waren lahmlegen, die auf der Rheinfähre stehen.

Frankreichs Notlage an den Krupp-Direktoren.

Der Korrespondent der „Daily Mail“ in Düsseldorf berichtet über das Leben Krupps von Bohlen und seiner Direktoren im Gefängnis. Die fünf unglücklichsten Männer des Ruhrgebiets, schreibt er, sind jetzt Krupp von Bohlen und seine Straßgenossen. Die Verurteilten, die sich noch im Gefängnis von Düsseldorf befinden, werden wie gewöhnliche Gefangene behandelt. Sie erhalten Gefängnislohn und leben unter der besonderen Aufsicht eines alten Strafschüfers, eines Korfen, der dafür bekannt ist, daß er mit den widerwärtigsten Gefangenen fertig wird. Krupp von Bohlen ist viel magerer geworden. Ungeheilig sind die beiden Direktoren Oesterlen und Brunn, die beide große Arbeiter sind und schwer unter der Unbilligkeit leiden. — Wer die Zustände in französischen Gefängnissen kennt, der weiß, was sich hinter der Schilderung des deutsch-französischen Blattes verbirgt, das nur Andeutungen gibt: Körperliche und seelische Folter für die Gefangenen, die einem entmenschten Strafschüfer ausgeliefert sind. Frankreich jetzt alles daran, um den letzten Rest seines einstigen Ruhes als „zitterlichste Nation“ zu verlieren.

Weitere Erhöhung der Postgebühren zum 1. August.

Im Reichstagsausschuß hat kürzlich der Reichspostminister Erling angekündigt, daß eine weitere Erhöhung der neuen Postgebühren unvermeidlich sei. Wie wir hören, wird am 1. August diese Erhöhung tatsächlich eintreten. Die Verhandlungen darüber sind im Reichspostministerium bereits im Gange.

Die Erhöhung der Steuerbarauszahlung im Kaufsüß beschlossen.

Berlin, 22. Juni. Der Stenographenrat des Reichstags berichtet heute über die Erhöhung der Vorauszahlung auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer. In der Abstimmung wurde als Vorauszahlung für die Einkommensteuer das 25fache und für die Körperschaftsteuer das 20fache beschlossen. Die Vorauszahlungen für die Einkommensteuer von physischen Personen, denen ein Wirtschaftsjahr vor dem 1. Juli 1923 zugrundeliegt, sollen weiter befristet werden. Die Körperschaften (Gewerbesteuerpflichtigen), die in der Zeit zwischen dem 31. März und dem 30. September ihr Geschäftsjahr abschließen haben, sollen mit Rücksicht darauf, daß sie nach den bestehenden Bestimmungen als Vorauszahlung für das Jahr 1923 bis jetzt nur am 1. Mai 1923 15 Prozent des angewiesenen Bilanzgewinnes des Vorjahres gezahlt haben und daß das eine Ungerechtigkeits gegen alle anderen physischen wie juristischen Personen bedeutet, zum 15. August 1923 eine weitere Vorauszahlung in Höhe des hundertfachen der Zahlung vom 1. Mai zu entrichten haben.

Ausland.

Rom, 22. Juni. Die italienische Regierung beschloß, zur Vermeidung des Streites um das frühere deutsche Postfachgebäude der deutschen Regierung den Palazzo Vidoni zu übergeben.

Rom, 22. Juni. Ein amerikanischer Korrespondent will aus dem Vatikan erfahren haben, daß der Papst demnach in einem Schreiben zur Ruhrfrage Stellung nehmen werde.

Paris, 22. Juni. Die französische Blockade macht heftig Stimmung gegen War Kenna, von dem es heißt, daß er schon Anfang Juli das Schahministerium übernehmen werde.

Ablehnung fremder Hilfe für das Varna-Hungluf.

Die italienische Regierung beschloß, die Hilfsangebote des Auslands zur Vinderung der durch die Keina-Katastrophe hervorgerufene Not abzulehnen, weil sie meint, daß die Regierung und das Volk von Italien die nötigen Maßnahmen selbst zu treffen weiß. Nur die Angebote von Italienern im Ausland sollen angenommen werden. Damit folgt Italien dem Beispiel Nordamerikas, das bei den fürchterlichen Verletzungen S. Franziskus durch das Erdbeben ebenfalls die Hilfe der anderen Länder ablehnte. (Politik und Menschlichkeit vertragen sich leider immer weniger. Schriftl.)

Demissions-Aufforderung an die radikalen Minister im Kabinett Poincare.

Paris, 21. Juni. Der ausführende Ausschuß der Radikalen Partei sagte gestern Abend und nahm eine Resolution an, in der die der Partei angehörigen Minister, Kolonialminister Sarraut, Hygieneminister Strauß, sowie der Unterrichtsminister Paul Allou, angefordert werden, ihre Mitarbeit bei einem Kabinett nicht fortzusetzen, dem die traditionellen Gegner der Republik einmütig ihre Stimme gewährt haben. Endlich werden die Radikalen der Partei, die bei der letzten Abstimmung nicht gegen die Regierung Poincare gestimmt haben, zum Werk und Disziplin angefordert.



Die Kubration eine Drohung gegen Holland.

Der frühere französische Finanzminister des Kabinetts Millerand, Mitglied der Deputiertenkammer und Verwaltungsrat der Banque de l'Union Parisienne, Herr Francois Marfal, kam dieser Tage nach Holland, um das in französischen Bankkreisen immer härter hervortretende wirtschaftliche Ziel der ökonomischen Vornahme der Rheinprovinzen vom Reich in unverbundlichen Gesprächen mit hiesigen Persönlichkeiten zu erörtern.

Die Kubration, so führte Marfal aus, wurde als großer wirtschaftlicher Vorstoß in östlicher und nördlicher Richtung unternommen. Durch die Befreiung des Kohlenbeckens erlangen wir die Mitarbeit der deutschen Jochen an unserer Eisenindustrie und kanalisieren den Handel Deutschlands in der Weise, daß wir dessen Hauptströmung nach dem Norden und von dort nach Uebersee gewissermaßen unter unsere Kontrolle bekommen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Sonntagsgedanken.

Vor allem fahren wir fort, an die Sonne zu glauben, wie dicht auch das Gewölke sein möge, das sie unseren schwachen Augen verbirgt. Bewundernswert ist mir doch immer die erhabene Einfachheit und dann wieder die reiche Fülle der Natur.

Zum Sonntag.

In der Not schließen sich die Menschen zusammen. Zum mindesten solche, die von Haus aus zusammengehören, will die Not wieder enger zusammenführen. So lehrt sie jetzt auch in die Familien ein mit der Frage: Daltet ihr auch fest und trau zu einander?

Reutzbürg, 22. Juni.

(Eisen von Mühlarten.) Der Schalterdienst der Eisenbahnstationen wird wesentlich entlastet, wenn jeder Reisende soweit möglich Ein- und Rückfahrkarte zugleich löst, weil er dadurch ein zweifaches Barmittel am Schalter vermeidet.

Herrenald, 22. Juni.

Der berühmte Bassist, Herr Zimmermann Michael Bohnen aus Berlin, der nach seiner Amerikareise im Hotel Post zur Kur wollte, übergab bei seiner Abreise Herrn Amtskommissar Lange auf dessen Anregung die Summe von 4 Millionen Mark zur Deckung der Verpflichtungen für den Fonds des Kriegerdenkmals und für künstlerische Zwecke des Kunstbetriebs.

Herrenald, 22. Juni.

Am nächsten Sonntag, den 24. Juni, feiert Holzbauer Frh. Weich von Gaidhof mit seiner Gattin Marie geb. Vallner das seltsame Fest der goldenen Hochzeit. Die Perestroika des Jubiläums ward schon mehrmals seitens der Hochvermählung durch besondere Ehrengaben anerkannt.

Handel und Verkehr.

Herrenberg, 21. Juni. Dem Viehmarkt waren zugeföhrt: 18 Röhre und Kalbinnen, 33 Stück Jungvieh, außerdem 15 Stück Händlervieh und 136 Milch- und 18 Säuferschwäne. Erloßt wurde für eine Milchkuh bis über 5 Mill., Jungvieh galt 2 1/2 - 5 Mill., für 1 Paar Milchschweine wurden 800 000 - 1 500 000 M., für 1 Paar Läufer 1,5 bis 2,4 Mill. bezahlt.

Weidwäld, 22. Juni. Auf dem Viehmarkt kosteten Schafftiere 9-10 Mill., Jungtiere 4-6 Mill., Ralberläufe 9-11 Mill., Kalbinnen 8-11 Mill., Röhre in Milch 6 bis 9 Mill., Einfehlvieh 2-3 Mill. Ein Säuferschwän 1,3 bis

1,8 Mill., ein Paar Milchschweine 500 000 - 900 000 Mark. Die Preise haben wieder stark angezogen.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 22. Juni. In den nächsten Tagen wird ein Riesenprozeß gegen 68 Angeklagte, wie die Südd. Arbeiterzeitung sagt, nur wegen Streikpostenlebens während des vorjährigen Metallarbeiterstreiks in Szene gesetzt. Ueber 200 Zeugen würden aufmarschieren. Ein umfangreicher Gerichtsapparat werde sich fünf bis sechs Wochen lang damit beschäftigen.

Freiburg, 22. Juni. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die Freiburger Tagespost für das alibesezte französische und belgische Gebiet auf 3 Monate verboten.

München, 22. Juni. Der Vorsitzende der Münchener Handelskammer, Sigmund Feinle, ist beim Aussteigen aus einem Straßenbahnwagen von angeblichen Antisemiten überfallen worden, die ihn mit einem Totschläger auf den Kopf schlugen, bis er blutüberströmt und bewußtlos zusammenbrach. Einige Teilnehmer an dem Anschlag wurden von der Polizei bereits festgenommen.

Mannheim, 22. Juni. Ueber die Ausschreitungen französischer Soldaten, die der Schießerei auf deutsche Polizeibeamte im unbefestigten Mannheimer Gebiet vorausgingen, wird noch bekannt, daß die Soldaten betrunken waren. Sie hatten nicht nur in einer Wirtshaus, sondern in verschiedenen im besetzten Jungbuschviertel gelegenen Wirtshäusern Einlaß verlangt. In zwei Wirtshäusern verübten sie Raub, durchsuchten die Lokale und drangen auch in die Nebenzimmer ein. Als sie in diesen Wirtshäusern ihre Helmentale vollbracht hatten, zogen sie ins unbefestigte Gebiet, wo es dann zu dem Zusammenstoß mit der Polizei kam.

Kaiserslautern, 22. Juni. Vor dem hiesigen Militärpolizeigericht hatten sich gestern zu verantworten: Dr. Rohr als verantwortlicher Schriftleiter der Pfälzischen Volkszeitung in Kaiserslautern, Mor Steigner als verantwortlicher Schriftleiter der Pfälzischen Presse in Kaiserslautern und Philipp Kaiser von der Pfälzischen Tageszeitung in Hens. Den Angeklagten wurde die Veröffentlichung einer Meldung über eine Kesselexplosion eines von den Franzosen gefahrenen Personenzugs zur Last gelegt, die angeblich falsch gewesen sein soll. In Wirklichkeit habe es sich um die Sprengung eines Bahndampfers infolge eines verbrecherischen Anschlags gehandelt. Das Urteil lautete für jeden auf einen Monat Gefängnis und zwei Millionen Mark Geldstrafe und im Falle der Uneinbringlichkeit auf ein Jahr weiteren Gefängnisses. Die Untersuchungsfrist wird angerechnet. Die Beurteilten verzichten auf Berufung.

Kandel, (Oberbesse) 22. Juni. Eine große Versammlung von Hessen und Rheinländern, die vor einigen Tagen hier stattfand, hat dem Reichstagsler ein Telegramm gefandt, in dem scharfer Protest gegen die französische Gewaltpolitik erhoben wird. Es heißt dann weiter darin: Die Rheinbesse wollen Hessen und gute Deutsche bleiben. Niemand hat von draußen hinein zu reden; der Rhein soll immer deutsch bleiben.

Birmosens, 22. Juni. Da Plakate der Besatzungsbehörden von verschiedenen Plakatsäulen abgerissen worden sind, haben die Franzosen gestern 7 Schaufenster von Geschäften beschlagnahmt, um darin die Plakate zukünftig auszuhängen.

Saarbrücken, 22. Juni. Mit dem heutigen Tag hat die Regierungskommission die sogenannte Notverordnung anstandslos Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit vom 7. Mai ds. Js. aufgehoben und durch eine neue Verordnung ersetzt, in der einleitend betont wird, daß die Presse- und die Redefreiheit, sowie das Vereins- und das Versammlungsgesetz, wie sie durch die im Saargebiet zur Zeit in Kraft befindlichen Gesetze und Verordnungen gewährleistet sind, keiner Beschränkung unterliegen mit Ausnahme einiger Bestimmungen, die in § 3 angeführt sind.

Buer, 22. Juni. Ueber die bereits gemeldete Erschießung belgischer Soldaten bei der Bagration in der Nähe der Lippe werden jetzt folgende Einzelheiten bekannt: Im Laufe des gestrigen Morgens wurden an der Willinger Mühle in Buer drei belgische Soldaten erschossen und einer schwer verletzt. Als Täter sollen zwei Deutsche in Frage kommen, die von den Belgiern aufgefordert worden waren, ihre Pässe zu zeigen. Statt dessen sollen sie die Belgier niedergeschossen haben. Die Täter warteten ihre Röhde ab, schamlos durch die Lippe und schlüpfen in das unbefestigte Gebiet. In einem der fortgeworfenen Röhde befanden sich Papiere auf den Namen Schmidmann aus Buer lautend. Die Angehörigen des Schmidmann wurden sofort verhaftet. Wegen dieser Tat wurden über die Stadt Buer scharfe Sanktionen verhängt, und zwar:

- 1. Alle Wirtschaften und Cafes werden auf die Dauer von drei Monaten geschlossen und alle öffentlichen Veranstaltungen auf dieselbe Zeit verboten. 2. Der Verkehr auf den Straßen wird von abends 6 Uhr bis morgens 5 Uhr vollständig auf einen Monat gesperrt. 3. Die Straßenbahn muß für die Dauer eines Monats ihren Betrieb vollständig einstellen. 4. Für die Zeit von 14 Tagen werden keine Pässe mehr ausgestellt. 5. Der Telephonverkehr wird für acht Tage vollständig gesperrt. 6. Als Geißel wird der Bürgermeister Buer festgenommen, desgleichen Stadtrat Greve. Letzterer ist verurteilt und muß sich heute abend stellen.

Essen, 22. Juni. In Kellinghausen wurde in der Nacht zum 22. Juni der Sohn des Konditors Feldhoff von französischen Soldaten erschossen. In Bochum wurde gestern mittag der Stadtbaurat Tiefenbach, in Wengede der Hilfs-polizeibeamter Niedring, eine Reihe von Eisenbahnbeamten und der Obermeister Stellhof verhaftet. In Langendreer verhafteten die Franzosen weitere 26 Leute verschiedener Berufe.

Berlin, 22. Juni. Aus der Tatsache, daß der Reichsbankpräsident v. Havenstein soeben den längst festgesetzten Sommerurlaub angetreten hat, wird in einem Teil der Presse

gefolgert, daß er nicht wieder auf seinen Posten zurückkehren werde. Wie dazu die Zeit aus zuverlässiger Quelle mitzuteilen weiß, wird Havenstein nach Ablauf seines Urlaubs die Geschäfte an der Spitze der Reichsbank wieder aufnehmen.

Berlin, 22. Juni. Bei den heute im Reichsarbeitsministerium begonnenen Lohnverhandlungen für die Bergarbeiter einigten sich die Parteien des besetzten Gebietes dahin, daß mit Wirkung ab 25. Juni eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 25000 Mark pro Schicht, das sind etwa 57 Prozent einschließlich Erhöhung der sozialen Zulagen, eintreten soll. Die Verhandlungen für die übrigen Reviere sind noch im Gange.

Berlin, 22. Juni. Die deutsche Regierung hat eine neue Folge eidlicher Aussagen über die Gewaltakte der französischen und belgischen Truppen im Ruhrgebiet soeben herausgegeben. Die Sammlung stützt sich lediglich auf amtliche Unterlagen und eidliche Aussagen, die in Ansehung der einzelnen Gewaltakte den Wert unwiderleglicher Beweismittel besitzen.

Berlin, 21. Juni. Wie die Schweizer Presse mitteilt, hat der schweizerische Konsul in Köln beim Kommandanten von Dortmund um eine genaue Untersuchung der Erschließung des Kaufmanns Schleh in Dortmund ersucht, die zugehörig wurde. Gleichzeitig ist auch das politische Departement des Pariser Gesandten bei der französischen Regierung vorstellig geworden, und hat eine strenge Untersuchung verlangt und eventuell Schadenersatzforderung in Aussicht gestellt. Seitens der deutschen Kriminalpolizei liegt auch noch kein Bericht über den tragischen Zwischenfall vor.

Genf, 22. Juni. Der Präsident der Regierungskommission des Saargebietes hat dem Sekretär des Völkerbundes eine Mitteilung zugehen lassen, in der es heißt, daß die provisorische Verordnung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Einschränkung der Redefreiheit nach ihrer Beanstandung durch England zurückgezogen sei und daher die von England beantragte Untersuchung hinsichtlich werde. Wie vor kurzem gemeldet wurde, teilt England diesen Standpunkt nicht, sondern besteht auf der Untersuchung trotz der Zurücknahme der Notverordnung.

Paris, 22. Juni. Havas meldet aus Koblenz, daß die deutsche Regierung der von der Reparationskommission zu übermittelten Forderung der französischen Regierung von Lieferungen von 20000 Tonnen Zucker keine Folge gelassen habe, habe die Rheinlandskommission die Sperrung der in den Fabriken der französischen Zone vorhandenen Zuckervorräte angeordnet. Auf die im Saargebiet liegenden und die für die Versorgung der besetzten Gebiete notwendigen Mengen erstreckte sich die Beschlagnahme nicht.

Paris, 23. Juni. Gestern vormittag ist am Cay d'Orsay das französisch-österreichische Handelsabkommen unterzeichnet worden.

Paris, 23. Juni. Das Journal des Debats veröffentlicht folgende offenbar beeinflusste Mitteilung: Die ausländische Presse, insbesondere die britische, verhöflicht in Bezug auf die über die Reparationsfrage und die Aufhebung eingeleiteten Verhandlungen mehr oder weniger spekulativ. Ein Londoner Blatt hat behauptet, die französische Regierung habe von der deutschen Regierung durch Vermittlung einer alliierten Macht einen Vorschlag erhalten, der zum Ziel habe, Verhandlungen mit der deutschen Regierung einzuleiten. Diese Nachricht ist unbegründet. Kein Vorschlag dieser Art ist in Paris eingegangen.

Paris, 22. Juni. Havas demontiert in einer Meldung aus Koblenz die von den Kölner Blättern gebrachte Nachricht vom 18. Juni, daß unter den in Trier stehenden französischen Alpenjägern eine Meuterei ausgebrochen sei und daß fest, daß in Trier keine französischen Jäger mehr seien. (Der Grund des Abtransportes wird von Havas jedoch nicht weislich verschwiegen.)

Paris, 22. Juni. Der Ratin gibt eine Meldung der Belgader Blätter wieder, wonach in ganz Nord-Brabant die Revolution ausgebrochen ist. Aufständische hätten bei Brabant die zur Unterstützung der Bewegung in Marsch gesetzte reguläre Armee in die Flucht geschlagen und sich nun gegen Sturui vor. Ihr Ziel sei der Sturz der Regierung von Tirpna und die Wiedereinsetzung des Fürsten von Wied auf den albanischen Thron. Eine nichtbestätigte Meldung besagt, daß auf den Präsidenten der albanischen Regierung von Parteigängern des Fürsten Wied ein Anschlag verübt worden sei. Die slavische Presse sehe diese Vorgänge als Folge des bulgarischen Staatsstreiks an. Ähnliche Reguläre, die die serbische Grenze überschritten hätten, hätten die Nachricht von der Revolution und die Niederlage der Regierung bekräftigt.

Paris, 22. Juni. Der Ratin berichtet heute aus Konstantinopel, daß die türkische Regierung sich entschlossen habe, alle russischen Bolschewisten aus Konstantinopel zu verweisen, ferner, daß sie die Abgeordneten von Mosal in die Nationalversammlung aufnehmen wolle. Daraus wird geschlossen, daß die Kemalisten gar nicht mehr daran denken, Mosal zurückzugeben.

Paris, 22. Juni. Die radikal-sozialistischen Mitglieder des Kabinetts Poincare, der Kolonialminister Sarrault, Gesundheitsminister Strauß und der Staatssekretär Lafont haben, erklärt, daß sie der Aufforderung ihrer Partei, dem Kabinett auszutreten, nicht Folge leisten werden. Sie haben sich dabei in einer für Poincare erhaltenden, für ihren Parteivorstand recht missgünstigen Form geäußert. Dahinter ist innerhalb der radikal-sozialistischen Partei ein Konflikt entstanden, der sich noch dadurch verschärft, daß bei der letzten Kammereröffnung noch weitere Mitglieder der Partei Poincare ihr Vertrauen erklärt haben. Sicher ist, daß die radikal-sozialistische Partei, die in der jetzigen Kammer nur einige achtzig Mitglieder hat, durch diese neue Wendung stark isoliert ist und daß ihr Führer Perriot seine Partei einzig und allein auf die im kommenden Jahr stattfindenden Neuwahlen setzen kann.

Paris, 22. Juni. Nach einer Meldung der Tribune machte Präsident Harding gestern in einer Rede

ste in St. ... Es sei ... liegenden ... den Sieg der ... wirtschäftlichen ... heute hoffe ... wirtschäftlichen ... sollen es selbst ... berechtigten ... Frankreichs be ... schieden erfüll ... hier aufrichtig ... für einen ... Wenn H ... he nur beh ... die ... bei dieses ... Abzugsbiet ein ... halungserung ... wirtschäftliche ... bestanden en ... London, ... in Union ... sind folgende ... aufsetzt ... ist und der G ... schäfte, was ... würde sich ... ination Deut ... wirtschäftlich sei ... erfolgte ... schanden hätte ... bekannten Not ... Deutschland ... der der größ ... der Waffe ... mer erlaube ... gm der Nicht ... verantwortlich ... von linken Röh ... ausweichend ... schen sich sein ... Reiter, der für ... Wite aus, da ... die Abstimman ... en Katag.

Einem der ... wir ... rücht Maß an ... karte dazu, u ... befreit. Die ... in den Händen ... ausstretenden ... finden sind ein ... bekanntes die ... für eigene An ... die Welt ... sehen. Der ... streifpost wird ... bet die Inhab ... verbunden durch ... der Anst ... wesen. Beson ... die Eisenbahn ... aus mußten ge ... greift machen ... der Leute. G ... wirtschäftlich, wo d ... gung sind. G ... chen, müßten di ... wimen (jetzt do ... im Raum im T ... der Ziele auswe ... unter französisch ... auf den täglich ... die Franzosen di ... zu verdrängen ... würde zu mach ... kommen. Dort i ... eine deutsche W ... aus Reichreich ... Deutsche Maß ... Aus dem Röh ... der Bolschewist ... muss gütlich ... wirtschäftliche ... schrittweise ... müßten mit ... schen des G ... gegen die Dör ... die Vorbälle un ... gemacht worden. ... kommen. Um ... wirtschäftlichen ... wirtschäftliche Wä ... gegen neuer Zus ... befinden, rim ... vorstellung ein ... unterhaltung ein ... die direkte H ... zwischen werden ... der ... Berlin, 23. J ... der Reichs ... 1. Gegen M ... wirtschäftlich lauter ... der Jubiläum ... (1. 1. 191. 2 ... 21. 2. 191. 2 ... für die eine ... wirtschäftlich ... oder die ... Tages des G ... wirtschäftlich oder ei ... wirtschäftliche Rotierung ... in der betre ... wirtschäftliche Rotierung ... Tagen, am m ... nicht hättin ... nicht abgefe



